

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld, W. Thienens, Greifswald, G. Illies,
Halle a. S., Jul. Barch & Co., Hamburg, Joh. Nother, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 11. November. Der Kaiser traf
gestern Abend 7 Uhr 55 Minuten in Velleben
ein und wurde bei der Ankunft daselbst vom
Minister v. Wedel-Piesdorf empfangen und zu
Wagen durch das festlich geschmückte und prach-
voll erleuchtete Velleben nach Piesdorf geleitet.
Heute früh zur festgesetzten Zeit um 9 Uhr er-
folgte der Aufbruch zur Jagd. Nach den ge-
wöhnlichen Bestimmungen gedenkt der Kaiser heute
Abend 8 Uhr 35 Minuten Velleben wieder zu
verlassen und um 11 Uhr 30 Minuten auf der
Station Wilmersdorf einzutreffen.

Der Bundesrath hält heute eine außer-
ordentliche Plenarsitzung ab, auf deren Tages-
ordnung Ansuchen über eine größere Zahl
von Einzelakten stehen, deren unveränderte An-
nahme beantragt wird; ferner steht auf der Tages-
ordnung der Ansuchenbericht über das Gesetz,
betr. Regelung der Reichsfinanzen und die heute
dem Bundesrath zugegangene Vorlage, betr. Ge-
währung von Unterstufungen an Invaliden aus
den Kriegen 1870 und an deren Hinterbliebenen,
welche lautet:

Der vom Bundesrath in der Sitzung vom
29. Juni d. J. beschlossene Gesetzentwurf, betr.
die Gewährung von Unterstufungen u. s. w., wird
dem Reichstag in der nächsten Session, künftighin
bei deren Beginn, vorzulegen sein. Da indessen
die Deckungsmittel für die nach dem Gesetz im
Jahre 1894/95 entstehenden Ausgaben, welche im
Gesetzentwurf für das bezeichnete Jahr noch nicht
haben vorgesehn werden können, besonders zur
Verfügung zu stellen sind, dürfte die Be-
stimmung im § 7 des Gesetzentwurfs ent-
sprechend zu ergänzen und dahin zu fassen sein:
„Die Bewilligungen nach Maßgabe dieses Gesetzes
sind aus dem Reichs-Invalidenfonds zu bestreiten,
die für die Jahre 1893/94 und 1894/95 erforder-
lichen Deckungsmittel dürfen aus dessen Kapital-
beständen bis zum Höchstbetrage von je 1 250 000
Mark billigt gemacht werden.“

Aus dem Etat des Auswärtigen Amtes
für das Jahr 1894-95 theilt die „Nordd. Allg.
Ztg.“ Folgendes mit:

In der Kolonialabtheilung erscheint die seit
1890-91 bestehende Einrichtung, wonach ein vor-
tragender Rath mit der Wahrnehmung der Direk-
torialgeschäfte betraut ist, im Hinblick auf den
steigenden Umfang und die Wichtigkeit der der
Abtheilung obliegenden Geschäfte nicht mehr den
Verhältnissen entsprechend. Es liegt daher in der
Absicht, an die Spitze einer eigenen Direktion mit
der Befolgung der übrigen Direktoren zu stellen.
Bei dem steigenden Umfang der Geschäfte em-
pfehlen sich, die von dem Dirigenten bisher be-
kleidete Rathstelle aus ferner beibehalten. In der
handelspolitischen Abtheilung wird das unter
den Verhältnissen der Gegenwart wichtige Referat,
betr. Handels- und Zollangelegenheiten, Landwirth-
schafts- und Veterinär-, Gewerbe- und Patent-,
Nachdruck- und Literaturachen, welches dem Um-
fang nach das größte der Abtheilung ist, bis jetzt
von einem Hilfsarbeiter wahrgenommen. Bei der
Berechnung dieses Referats, sowie im Interesse der
Stabilität erscheint es geboten, die Bearbeitung
desselben in die Hände eines vorragenden Rathes
zu legen. Es ist daher eine neue Rathstelle in
den Etat eingestellt. Zugleich wird beabsichtigt,
die hiedurch freiwerdende Hilfsarbeiterstelle der
Rechtsabtheilung zu überweisen, in welcher das
umfangreiche Referat, betreffend handelsrechtliche
Verfahren und Legalisationen u. s. w., in Ermangelung
eines Hilfsarbeiters z. Z. von einem Expedienten
wahrgenommen werden muß. Außerdem haben
die zunehmenden Geschäfte, namentlich in der Kolonial-
abtheilung, welche gegenwärtig mit nur drei
ständigen Hilfsarbeitern ausgestattet ist, die Ein-
stellung einer neuen Hilfsarbeiterstelle in den
Etat erforderlich gemacht. Neubestellung von je
3000 Mark sind dann vorgesehen für zwei Expe-
dienten, einen bautechnischen Hilfsarbeiter, einen
Beamten des Chiffrirenbureaus und drei Re-
gistratoren, von 1200 Mark für einen Haus-
diener des Amtes. Der Etat weist ferner auf:
Befolgung für einen zweiten Legationskassisten
in Berlin, für einen zweiten Legationskassisten
in Brüssel, für den ersten Legationskassisten daselbst
eine Zulage, Befolgung für einen zweiten Bot-
schafskassisten in Konstantinopel, Zulage für
den zweiten Dragoman daselbst, Befolgung für
einen zweiten Legationskassisten im Haag, sowie
für einen zweiten Dolmetscher in Peking, Zulage
für den Dolmetscher in Rio de Janeiro, und
für den Legationssekretär, sowie die Lega-
tionskassisten daselbst, Zulage für den Bot-
schafter in Rom, Befolgung für einen zweiten
Kanzleibeamten daselbst, Zulage für den Legations-
kassisten in Stockholm, Befolgung für einen
zweiten Dragoman in Konstantinopel, Zulage für
den Sekretär in Sofia, desgleichen für den Sekre-
tär in Kopenhagen und für den Sekretär in Neapel;
Befolgung für einen zweiten Dragoman
in Petersburg, Zulage für den Konsul in
Rotterdam, desgleichen für den Sekretär daselbst,
Zulage für den ersten Sekretär in Stockholm,
Befolgung für einen zweiten Sekretär daselbst,
Befolgung für einen Sekretär in Tientsin — des-
gleichen für einen solchen in Tunis. Als Betrag
zu den Kosten der Unterhaltung des Seminars
für orientalische Sprachen in Berlin werden 2250
Mark mehr als Dotation (Aversum) für das
archäologische Institut bezw. die Sekretariate in
Rom und Athen 4495 Mark mehr verlangt. Der
beantragte Zuschuß zur Befreiung der Verwal-
tungsangelegenheiten im ostafrikanischen Schutzgebiete
betrifft sich auf 732 700 Mark, derjenige zur
Befreiung der Verwaltungsangelegenheiten im ostafri-
kanischen Schutzgebiete auf 1 000 000 Mark.

Der Umfang des Arbeitspensums, welches
dem Reichstage in seiner nächsten Tagung
beschieden wird, ist schon nach den bisherigen
Verhandlungen über die dem Bundesrath zuge-
gangenen Vorlagen ein recht beträchtliches. Zu-
nächst kommt der Reichshaushaltsetat für 1894
bis 1895 in Frage. Wenn derselbe auch diesmal
nicht viele und beträchtliche Änderungen aufweisen
dürfte, so werden sich voraussichtlich doch an
manche Einzelheiten, wie an die Etats für die
Schutzgebiete, an den Marineetat u. a. umfang-
reichere Erweiterungen knüpfen. Den größten
Theil der Arbeitszeit würde jedoch die Steuer-
reform in Anspruch nehmen. Es sind vier Ge-
setzentwürfe und eine Denkschrift, welche dabei in
Beracht kommen. Des Weiteren werden den
Reichstag drei Handelsverträge mit Spanien,
Serbien und Rumänien, beschäftigen. Die Reihe
derjenigen Vorlagen, welche in der vorliegenden
Tagung unerledigt geblieben waren und der Ver-
abschiedung dringend bedürfen, ist eine ziemlich

große. Am geringsten Mühe, weil schon früher
ziemlich weit in der Vorbereitung vorgeschritten,
dürften die Gesetzentwürfe über die Abzahlungs-
geschäfte, die Veränderung des Unterstufungs-
gesetzes und den Baarenbezugsgesetz
erfordern, die übrigen in ihrer neueren
Gestalt vollständig oder theilweise den bereits im
Reichstage geäußerten Wünschen Rechnung tragen.
Ausgedehntere Erweiterungen wird schon der Ent-
wurf über die Bekämpfung gemeindefähiger
Krankheiten verlangen, der in der vorliegenden
Tagung nur in der ersten Lesung beraten war.
Die Novelle zum Gesetz über die Gründung und
Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds war in
der vorliegenden Tagung überhaupt noch nicht zur
Berathung gekommen. Mit diesen Vorlagen
dürfte die Zahl derjenigen, welche dem Reichs-
tage voraussichtlich zugehen werden, noch nicht er-
schöpft sein. Wir theilen schon mit, daß eine
Novelle zum Unfallversicherungsgesetz in der Vor-
bereitung stark vorgeschritten sei. Gelingt es, diese
bald zum Abschluß zu bringen, so dürfte die No-
velle auch noch in der bevorstehenden Tagung ein-
gebracht werden. Man erinnert sich wohl, wie
lange Zeit die Berathung der Novelle zum
Krankenversicherungsgesetz in Anspruch genommen
hat, und wenn die Novelle zum Unfallversiche-
rungsgesetz auch nicht den Umfang der letzteren
erreichen dürfte, so würde immerhin ein beträch-
tlicher Zeitraum auf ihre Erledigung zu verwen-
den sein. Jedenfalls deuten alle Anzeichen darauf
hin, daß die nächste Tagung des Reichstages zu
den kürzeren nicht zu zählen sein wird.

Man schreibt der „National-Zeitung“:
Ein neues Unternehmen für Ostafrika, welches be-
stimmt sein dürfte, in die wirtschaftliche Phy-
siognomie unseres Schutzgebietes einen neuen Zug
hineinzubringen, ist in der Vorbereitung begriffen,
und es dürfte bald mit genaueren Darlegungen
vor die Öffentlichkeit treten. Es unterliegt
keinem Zweifel, daß es auf einer bereits be-
stehenden Produktion basiert und seinen Absatz
in der Kolonie sowohl wie in den benachbarten Län-
dern findet. Das Zucker-Syndikat für Ostafrika,
welches in der Bildung begriffen ist, verbandt sein
Entstehen dem Zusammenstreffen einer Anzahl
Umlände, welche in keinem anderen Zuckerlande
wiederkehren. Wir machen Interessenten auf eine
nicht im Buchhandel erscheinende Broschüre „Die
Zuckerverhältnisse von Pangani“ aufmerksam,
welche bei G. Meinede (Passauerstraße 25) zu
haben ist. Am Pangani-Laufe in Ostafrika wird
schon seit langen Jahren Zuckerrohr kultiviert, und
wenn auch nur ein brauner, von der Me-
lasse nicht gereinigter Zucker und Syrup
produziert wird, so betrug der Export im
Jahre 1891 nach den amtlichen Listen dem-
noch bereits an 20 000 Zentner. Der Syrup
geht nach Sansibar, der Somali-
und südarabischen Küste, der Zucker nach Cusch
und Bombay und kommt von dort raffiniert zurück.
Die Kultur des Zuckerrohrs, welche von etwa 80
englischen Großgrundbesitzern betrieben wird, ist
ausgesprochen noch geringfügig, da der Werth des
Produktes nicht hoch ist, kann aber auf das Viel-
fache ausgedehnt werden, zumal es an Arbeitern
in diesen Distrikten nicht fehlt. Das Zuckerrohr
selbst, welches in dem Ueberfluthungsgebiet
des Flusses gezogen wird, ist von sehr guter
Qualität, obwohl die ganze Bearbeitungsmethode
der Feder sehr primitiv ist, und die Arbeiter,
welche mit ihren schwachen Mählen — im Ganzen
sind 30 in Betrieb — das Rohr nicht genügend
auspressen und den Saft verarbeiten können, sind
bereit, ihr Zuckerrohr zu einem ansehnlichen
Preise unter Kontrakt an eine Zentralfabrik
abzuliefern. Sie emancipiren sich damit von
den Indern, welchen sie den Zucker und
Syrup abliefern müssen, da sie ihm tief ver-
schuldet sind, und sind in der Lage, bei sicherem
Absatz ihre jetzt wenig rentable Produktion um-
zugestalten. Das auch in politischer Beziehung
ein solches Unternehmen des größten Einflusses
auf die Araber haben würde, soll nur nebenbei er-
wähnt werden. Der Pangani-Lauf ist von seiner
Mündung bis über die Zuckerrohrsgebiete hinaus
schiffbar, die Stadt Pangani selbst ist Sitz eines
Bezirksamtmannes und hat wohl von allen
deutsch-ostafrikanischen Städten die meisten Stein-
häuser, da die arabischen Schamaneben fast
sämmlich Steinhäuser in ihr besitzen. Der Absatz
des Zuckers, welcher auf mauritanische Weise
raffiniert werden soll, wäre hauptsächlich nach San-
sibar und nach Bombay, wo der deutsche Rüben-
zucker erfahrungsgemäß auf fast gleichem Geschäft
rechnen kann. Das auswärtige Amt steht dem
Unternehmen beiseite und fördert zur Seite, da
nach dem amtlichen Bericht in Ostafrika über die
Zuckerrohr-Verhältnisse am Pangani gepflogenen
Untersuchungen die Anlage einer mittleren mit
Dampf betriebenen Zentralfabrik Aussicht auf
Erfolg hat.

„Neue Steuern auf Vorrath“ ist die
neueste Parole, mit welcher die Reichsfinanzreform
und die damit zusammenhängenden Steuerpläne
bekämpft und in der öffentlichen Meinung dis-
kreditirt werden sollen. Es handelt sich dabei um
das würdige Seitenstück zu dem Vorwurfe der
„Kassenschieberei“, welcher gegen die Steuerreform
in Preußen geäußert wurde und auf welcher
so stark, aber arg fehlerhaft geäußert wurde, daß
die jetzt vorgenommenen Landtagswahlen ge-
scheitert wurden. Es ist auch bezeichnend, daß die
Militärkommission gerade von jener Seite als zu
günstig so heftig angegriffenen Schätzungen der
Reichsfinanzverwaltung nicht nur ohne jede Be-
auskunftung nach dieser Richtung gebraucht,
sondern auch noch als zu wenig günstig bezeichnet
werden.

In Wirklichkeit ist von der Tendenz einer
Bewilligung von Steuern auf Vorrath auch nicht
im Geringsten die Rede. Es handelt sich vielmehr
lediglich um Beschaffung der Deckungsmittel für
den augenblicklichen höheren Bedarf oder ist
durchaus nicht in den Erträgen der vorgeschlagenen
Steuern enthalten, vielmehr wird das Reich auf
die Beschaffung weiterer eigener Einnahmen und
zwar in erster Linie auf Zuschüsse zu den Ver-
brauchssteuern gemäß § 4 des Reichsfinanzgesetzes
angewiesen sein.

Dem der natürliche Zuwachs der Reichseinnahmen
kann nicht zu neuen Ausgaben, wie mit
breitester Entfaltung der Wahrheit behauptet wird,
„verpflichtet“ werden, sondern genügt nur unter
der Voraussetzung, daß er voll dem Reiche ver-
bleibt, gerade zur Deckung der jetzt schon sicheren
Verbrauchssteuern der fünfjährigen Periode mit An-
schluß der Mehrbelastungen der Militärvorlage.

Diese Mehrkosten und was in diesem Zeitraum
an die Einzelstaaten gezahlt werden soll, müssen in
vollem Betrage durch neue Reichseinnahmen
gedeckt werden. Die vorgeschlagenen Steuern aber
reichen unter der Voraussetzung, daß sie den
vollen, von ihnen erhofften Betrag wirklich ab-
werfen, gerade hin, um die Kosten der Heeresver-
stärkung zu bestreiten und den Bundesstaaten einen
Reichszuschuß von im Ganzen 40 Millionen
Mark zu sichern. Gerade die Sicherung, daß der
Reichszuschuß nicht zur Deckung etwaiger neuer
Ausgaben im Reiche herangezogen werden kann, ist
ja einer der Hauptpunkte der Vorlage und so
widerspricht daher dem Thatbestand direkt, zu
behaupten, daß hier Steuern auf Vorrath bewilligt
würden. Daß aber ein dringendes Bedürfnis vor-
liegt, den Bundesstaaten den Antheil an den Reichs-
steuern, welcher ihnen 1879 zugesagt war und
von denen sie bei der Vornehmung ihrer Ausgaben-
entscheidungen ausgegangen sind, wenigstens zum Theil zu
sichern, lehrt ein Blick auf den laufenden preußi-
schen Etat und ein Ausblick auf die Etatsver-
hältnisse des nächsten Jahres, für welches sich
ähnliche Ausblicke eröffnen. Es handelt sich
also für die Steuerentwürfe um nichts anderes als
um die Schaffung von Mitteln zur Deckung in
vollem Umfange schon jetzt vorhandener Ausgabe-
bedürfnisse.

Durch Kabinettsordre vom 26. v. M. ist
der Etat der 16. Infanterie-Brigade von Erfurt
nach Torgau verlegt.

Wien, 11. November. Aus Wien wird
gemeldet: Fürst Hohenlohe ist beim Minister
des Innern aus dem neuen am 20. April 1894 ablaufenden
Verkaufstermin der Regalien aus der kaiserl.
Wittgensteinschen Erbschaft entnommen. In der
nächsten Sitzung des Ministerrathes kommt die
Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung. Die
unverkauften Güter repräsentiren einen Werth von
ca. 15 Millionen Rubel. Die Fürstin hofft auf
einen günstigen Erfolg.

Wien, 11. November. Aus Schneidemühl
wird gemeldet: An dem Unfallschrammen werden
die Arbeiten eifrig fortgesetzt; nach ihrer Beendi-
gung hält der Brunnmeister Meyer ein noch
maliges Ausbrechen der Quelle für ausgeschlossen.
An der Ausbruchsstelle fließt noch Schlammbrodd
heraus, etwa 200 Liter in der Minute. Gestern
erhielt beim Magistrat ein Molterbesitzer aus
Braunschw. ein Schreiben, in welchem die Quelle
außerhalb der Stadt aufgefunden und dort abge-
pumpt. Eine Entschädigung hierfür verlangt er
nicht; er wolle nur der bedrängten Stadt zu
Hülfe kommen. Heute Nacht bildeten sich am
Brunnen freieschäumende Gebrisse. Es wird der Zu-
sammenbruch des Erdbereichs befürchtet.

Gestern Abend sank das Terrain, auf dem
der gemauerte Schrammen steht, merklich, so daß
die Arbeiter nicht mehr weiter arbeiten wollten.
Für das möglicherweise zu Tage tretende Wasser
wird jetzt ein Graben nach der Kuddow hergeführt,
um dem Eintritt des Wassers in die Stadt vor-
zubeugen. Gefährdet ist gegenwärtig nur die
nächste Umgebung des Brunnens.

Schneidemühl, 11. November. Nachmittags
2 Uhr. Der Schrammen ist soeben von der
Erdoberfläche verschwunden. Die Bohrer sind
in Folge dessen verstopft, und es quillt kein Wasser
mehr hervor.

Frankfurt a. M., 11. November. Das
heutige Bundesplais geht im März 1895 in den
Beit der Frankfurter Postverwaltung über für
einen Kaufpreis von einer Million und minimal-
hunderttausend Mark. Die jetzige Mieths des von
der Post provisorisch bewohnten Palais wird auf
den Kaufpreis aufgerechnet. Für das nächste
Jahr sind daher im Etat der Reichspost- und
Telegraphenverwaltung fünfzigtausend Mark Mehr-
forderung angelegt, um deren Bewilligung der
Bundesrath angegangen wird.

Willingen, 11. November. Bei der gestern
im 2. badischen Wahlkreise (Worms, Donaues-
chingen, Engen, Triberg, Willingen) stattgehabten
Erstwahl zum Reichstage an Stelle des ver-
storbenen früheren Abg. Frhrn. von Hornstein
(parteilos) wurden nach vorläufiger Ermittlung
16 840 Stimmen abgegeben, davon für Karl Egon
Fürst zu Fürstenberg (parteilos) 10 066 Stimmen,
und für Oberamtsrichter Josef Gieseler in Engen
(Zentrum) 5803 Stimmen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 11. November. Fürst Windischgrätz
hat den Vorschlag bezüglich der Zusammenfassung
des Kabinetts bereits dem Kaiser unterbreitet; man
glaubt, die Zustimmung des Kaisers werde noch
heute erfolgen. Der gemäßigste Charakter des
neuen Kabinetts kommt in allen seinen Mitgliedern
zum Ausdruck. Auch Graf Wurmbrand, der zum
Handelsminister designirt ist, gehört der gemäßig-
ten Richtung der Deutschliberalen an und hat sich
in seinem bisherigen Wirken als Vandeschampanne
von Steiermark stets als konsilient erwiesen. Ver-
merkenwerth ist die Thatsache, daß die Vertreter
der Linken, Pfler und Wurmbrand, nur solche
Portefeuilles erhalten haben (Finanzen und Handel),
welche der allgemeinen Verwaltung und den
Sprachenfragen fern stehen. Doch haben sich
Bacquehem und Waderschitz, die künftigen Minister
des Innern und des Unterrichts, den Deutschen
niemals feindselig gezeigt. Im Ganzen besteht
das Kabinet aus zwei Vertretern der Deutsch-
liberalen, zwei Konservativen und zwei Polen.
Der Minister-Präsident selbst und die Minister
Bacquehem und Waderschitz werden als partei-
los angesehen. Aus dem früheren Ministerium
treten vier Mitglieder, Bacquehem, Falkenhayn,
Schoenborn und Waderschitz, ins neue Kabinet.
Vom politischen Schachbrett verschwinden Taaffe,
Jakschitz, Steinbach und Gausitz. Die Journale
der Linken begrüßen das Kabinet mit gemäßigter Freude.
Die „Neue Freie Presse“ sagt: Oesterreich erhält ein Ministerium,
in welchem drei Hauptrichtungen seines Parteiwesens
durch gemäßigste und geistig hervorragende Männer
vertreten sind und dessen Regierungsbefähigung
außerdem durch die Intelligenz und Erfahrung
bureaucratischer geschulter Verwaltungsmänner ge-
sichert ist.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ bemerkt, die
Koalition bilde den einzig möglichen Weg zur
Wiederherstellung parlamentarischer Ordnung. Was sie
erreichte würde, gäbe keinen Anlaß zum Frohlocken;
aber das erzielte Einvernehmen darf jeden Pa-
trioten mit Genugthuung erfüllen. Die öster-
reichische „Volks-Zeitung“ schreibt: Als einen
Dämmerschein der Besserung dürfen die Deutschen
Oesterreichs die gegenwärtige Wendung immer-
hin willkommen heißen. Nur das antisemi-

tische „Volksblatt“ stellt sich in Opposition und
spricht vom Anbruch einer liberalen Schreckens-
herrschaft.

Wien, 11. November. Der Kaiser empfing
heute Vormittag den Abgeordneten Dr. von Pfler
in halbständiger Privataudienz.

Frankreich.

Paris, 9. November. Die radikalen Pariser
Blätter machen viel Aufhebens aus der Thatsache,
daß die Briefe aus Rußland, welche während der
Festlichkeiten an den Maire von Paris gerichtet
waren, dem Abgeordneten Humbert zugestellt
wurden, so gut als die an den Präsidenten des
Pariser Gemeinderathes gerichteten. Das will also
heißes, sagen sie, daß der Seinepräfekt sich mis-
bräuchlich die Ehren und Rechte des Maires von
Paris — dieser Titel existirt bekanntlich jetzt nicht
mehr — aneignet, und daß sie dem Präsidenten
des Gemeinderathes gehören. Darüber streitet
man schon lange hin und her. Nun wollen die
Anhänger der Autonomie von Paris in dem Um-
stande, daß die Postverwaltung selbst keinen Augen-
blick zauderte und die Briefe für den Maire von
Paris, Herrn Humbert, einhändigte, die Aner-
kennung des „natürlichen Verhältnisses“ durch die
Regierung selbst erblicken. Die Posten sind ein
staatlicher Verwaltungszweig, sagen sie, und bei
dem ersten Briefe war ohne Zweifel ein Gut-
achten höherer Organe eingefügt worden. Dadurch
fällt für die Zukunft ein großes Hinderniß weg.
Vielleicht ist diese Auffassung denn doch etwas
optimistisch.

Dem „XIX. Siecle“ entnehmen wir Folgen-
des über die Vertheilung der Alpenpässe und
den letzten Konflikt mit Italien:

Als das italienische Volk nach den Vorgängen
in Aigues-Mortes gegen Frankreich manifestirte
und den Krieg haben wollte (?), als die italie-
nische Regierung an der Alpengrenze alle mili-
tärlichen Vorbereitungen traf, die einem Belagere
voranzugehen, glaubte das Kabinet Dupuy endlich
Anstalten zu ergreifen zu sollen. Was damals
zwischen den beiden Regierungen hin und her be-
trachtet wurde, weiß man heute noch nicht genau,
nur soviel ist sicher, daß man in den französischen
Regierungskreisen ernste Befürchtungen hegte.
Dies bewies allein schon der Befehl, den ein
Abgeordneter erhielt, der in das Kabinet eines be-
freundeten Ministers gekommen war, um für
seinen Sohn, der als Offizier in einem Regiment
an der Südgrenze stand, einen Urlaub zu er-
biten. „Einen Urlaub für Ihren Sohn?“ ant-
wortete man ihm. „Wissen Sie denn nicht, daß
sein Regiment schon diese Nacht Befehl erhalten
kann, die Grenze zu überschreiten?“ — In
Toulon wiederum begrüßte ein französischer See-
mann einen russischen Offizier mit den Worten:
„Sie wären Sie im Augenblick hier eingetroffen,
da Sie uns hätten helfen müssen. Dann hätten
wir nicht blind geschossen.“ (!) In den ersten
Oktobertagen harrten das 14. und 15. Armeekorps
(Lyon und Marseille) stummlich des Befehls zur
Mobilmachung, die auf Urlaub befindlichen Offiziere
waren zurückgerufen worden und mußten sich be-
zeit halten. Damals nahm der General Mathis
an, außer Stande, bei seiner geschwächten Ge-
sundheit noch länger den Oberbefehl des 15.
Armeekorps zu führen, seinen Rücktritt und wurde
sogleich ersetzt. Wie verlautet, hätte das Ministe-
rium des Innern bei der italienischen Regierung
angefragt, was die Vertheilung einer Altersklasse,
die schon hätte entlassen werden sollen, und die
unbewachten Truppenbewegungen bedeuteten.
Darauf soll Rom den Befehl ertheilt haben,
wegen der in vielen Drucksachen des Landes herr-
schenden Cholera könnten manche Soldaten nicht
heimgeschickt werden. Diese Antwort konnte nicht
befriedigen, zumal man wußte, daß das italienische
Kabinet in Berlin die Unterstützung Deutschlands
für den Fall eines Konflikts mit Frankreich nach-
suchte (?). Sollte die französische Regierung
solche Entschlossenheit gezeigt haben, daß Italien
vorsichtiger wurde? Noch wahrscheinlicher klingt
es, daß die Antworten aus Berlin nicht ermuti-
gend klangen und die Italiener auf eigene Faust
nicht vorzugehen wagten. Jedenfalls klärte sich
der Horizont, an dem schwere Gewitterwolken ge-
standen hatten, wieder auf und konnten die
Russenfeste in aller Gemüthsruhe gefeiert werden.

Das „XIX. Siecle“ fügt hinzu, die Verthei-
lung der Alpenpässe würde in Zukunft noch
mehr berücksichtigt werden, als dies bisher
geschah. Dem General Verge, der vor 10 Jahren
die Vertheilung organisierte, war in militärischen
Streifen der Vorwurf gemacht worden, er messe
seinen Truppen und deren Bestimmung eine zu
große Wichtigkeit bei und suche mehr an sich zu
reißes als billig sei. Seitdem ist man wieder
anderen Sinnes geworden und hat man erkannt,
daß noch mehr geschehen müsse. So erklären sich
die zahlreichen strategischen Rundgänge der Kriegs-
minister de Freycinet und General Voizillon sowie
die vielfache Bergreise, welche dem General
de Miribel das Leben kostete. Jetzt ist davon die
Rede, daß sein Nachfolger an der Spitze des
großen Generalstabs General de Boisdeffre bald
eine Regionen besuchen, die Jura beschäftigen, eine
Verärkung der Garnison in der Umgegend von
Nizza anbahnen und sich zugleich vergewissern
soll, ob es im Nothfalle möglich wäre, jene
Truppen zum Schutz der Ostgrenze heranzuziehen.

Paris, 11. November. Nach hier vol-
legenden Nachrichten aus Madrid hätte sich ein
Abgesandter des Sultans von Marokko mit Zu-
stimmung der Kabinettsmitglieder bei Melilla zu dem
General Macias begeben und einen Waffenstill-
stand von 8 Tagen erbitten. General Macias
hätte zuvor Geiseln verlangt.

Paris, 11. November. Joes Guibot, der
Direktor des „Siecle“, veröffentlicht einen Aufruf,
in welchem er die Behauptung aufstellt, daß nur
die demokratische Politik, welche die direkten
Steuern, die Lotterien und die Getreidesteuer
herabsetzt, die richtige Politik Frankreichs sei. Der
Artikel erregt großes Aufsehen.

Paris, 11. November. Die sozialistischen
Deputirten befreiten die angebliche Absicht, am
Tage des Wiederzusammentretens der Kammer
eine Manifestation ins Werk zu setzen.

Die „Libre Parole“ theilt mit, daß in Folge
des Attentats im Teatro Rico zu Barcelona hier
mehrere Anarchisten verhaftet worden seien.

Paris, 11. November. Wie aus Melilla
gemeldet wird, hat General Macias, da die
Kasernen keine Geiseln für die Zeit des verlangten
Waffenstillstands stellten, die Beschickung ihrer
Stellungen wieder begonnen.

Spanien und Portugal.

Madrid, 11. November. Wie verlautet,
ist ein Dekret unterzeichnet worden, durch welches
die Verfassungartikel, welche die Freiheit der
Bürger garantiren, außer Kraft gesetzt werden.
Jeder Verdächtige kann danach sofort verhaftet
werden.

Nach Meldungen aus Barcelona sind noch
weitere sieben bei dem Attentat im Teatro Rico
verwundete Personen gestorben.

Barcelona, 11. November. Der Belage-
rungszustand ist hier vermindert worden. Vierzig
Anarchisten werden vor das Kriegsgericht gestellt.
In Sevilla wurden sechs Anarchisten unter dem
Verdacht der Theilnahme an dem Attentat im
Teatro Rico verhaftet.

Großbritannien und Irland.

London, 10. November. Unterhaus. Das
Amendement Mac Clarens zur Haftpflicht-
bill wurde mit 236 gegen 217 Stimmen ver-
worfen.

London, 11. November. Nach einer Mel-
dung des „Standard“ aus New York hat der
Schahsekreter Carlisle die Ordre der allmählichen
Silberausprägung aufgehoben. Die Goldreferen-
des Staatschahs wird wahrscheinlich erhöht
werden, indem Silber gegen Gold bei den Banken
ausgetauscht wird.

Den „Daily News“ wird aus Fort Victoria
gemeldet, daß die daselbst eingetroffenen Kolonisten
von der Reichhaltigkeit der dortigen Goldquellen
überzeugt worden seien und beschloffen hätten, sich
dort anzusiedeln.

London, 11. November. Der „Times“
wird aus Philadelphia gemeldet, daß die Ver-
treter der brasilianischen Regierung fortfahren, in
New York eine Flotte auszurufen. Dynamit im
Gewichte von 43 Tonnen wurde an Bord des
„Geis“ gebracht. 400 Mann sind als Schiffs-
besatzung angeworben und vier ehemalige Besatzer
der amerikanischen Marine-Academie wurden als
Offiziere engagirt.

London, 11. November. Verschiedene
Blätter bringen sympathische Artikel zum Zu-
hause des Professors Womfenn. Die „Times“
schließt ihren Leitartikel: „Nicht nur die Deut-
schen, sondern die Gelehrten aller Nationen sen-
den dem Jubilar heute Glückwünsche und herz-
liche Grüße.“

Liverpool, 11. November. 3000 Berg-
arbeiter werden in Lancashire die Arbeit zu der
früheren Lohnhöhe wieder aufnehmen.

Serbien.

Belgrad, 11. November. Zwei Faktoren
und ein Beamter der serbischen Staatsdruckerei
wurden verhaftet, weil sie heimlich und für eigene
Rech. aus Stempelmarken druckten und in den
Verkehr brachten. Der Schaden soll über 200 000
Francs betragen.

Amerika.

Washington, 10. November. Der Staats-
sekretär Gresham erhielt eine Depesche des Ge-
sandten der Vereinigten Staaten in Rio de Janeiro,
nach welcher Admiral Nello das Verlangen ge-
stellt hat, von der Regierung der Vereinigten
Staaten als kriegsführende Partei anerkannt zu
werden. Nach einer Konferenz mit dem Präsi-
dentem Cleveland sandte der Staatssekretär Gresham
dem Gesandten die Instruction, daß die ver-
langte Anerkennung nicht erfolgen könne, weil es
dem Admiral Nello bisher nicht gelungen sei,
eine politische oder militärische Organisation zu
bewerkstelligen. Der Staatssekretär Gresham
fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten unbe-
dingte Neutralität beobachteten.

Washington, 10. November. Der Staats-
sekretär Gresham theilte in einem an den Präsi-
dentem gerichteten Briefe die frühere amerikanische
Politik in Hawaii und verurtheilte die provisorische
Regierung. Gresham äußert sich dahin, daß die
Bevölkerung sich der Annexion widersetze; die ge-
setzmäßige Wiederherstellung des früheren Zu-
standes unter Wahrung der Unabhängigkeit Ha-
wais sei nöthig.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 12. November. Vor sich! Es
hat sich herausgestellt, daß Wassermeister, auch
wenn sie sonst das Quantum des verbrauchten
Wassers ganz richtig zeigen, doch in dem aller-
größten Maße nur selten die beiden über ein-
ander liegenden, die Einer und Hunderte Kubit-
meter angezeigten Räder, durch irgend eine Ein-
wirkung sich berühren, plötzlich einen ganz
enormen Wasserverbrauch anzeigen!

Die weiter oft gestellte Frage, wie viel Wasser
dem eigentlich überhaupt durch ein Klotz in
einem Tage abfließen könne, läßt sich nicht für
alle Verhältnisse gleich beantworten. Es kommt
dabei sehr wesentlich mit auf den Druck an, den
die Wasserleitung in dem Stöckwerk hat, in wel-
chem das Klotz liegt. Ein in der Parterre-
wohnung laufendes Klotz verfließt weit mehr Wasser
in den übrigen gleichen Bedingungen, als ein
drei Treppen hoch gelegenes. Trotzdem bitten
wir die Herren Hausbesitzer, das Wasser,
welches durch ein solches laufendes Klotz
verbraucht wird, nicht zu unterschätzen.
Durch Versuche bei einem allerdings parterre
gelegenen Klotz, welches, nach Schließung aller
übrigen Wasserhähne und nachdem der Wasser-
meister vorher selbst durch ein geheiztes Hunder-
tertergesch auf seine Richtigkeit geprüft war, von
10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens laufen ge-
lassen wurde, stellte sich doch ein Wasserverbrauch
von 5 Kubitmetern heraus. Es folgt daraus,
daß das Klotz, wenn es also den ganzen Tag
laufen würde, doch nicht weniger als
15 Kubitmeter Wasser verbrauchen dürfte.
Da der Kubitmeter Wasser bekanntlich 15 Pfg.
kostet, so würde ein solches den ganzen Tag
laufendes Klotz dem betreffenden Hausbesitzer
täglich ca. 2 Mark 25 Pfg. kosten können.

In der Woche vom 29. v. M. bis 4. d. M.
litten im Regierungs-Bezirk Stettin 113 Erkran-
kungen und 21 Todesfälle in Folge von an-
steckenden Krankheiten vor. Am stärk-
sten trat wieder Diphtherie auf, woran 55 Er-
krankungen und 12 Todesfälle zu verzeichnen
waren, davon 5 Erkrankungen (3 Todesfälle)
in Stettin. Sodann folgten Masern mit 22 Er-
krankungen, davon 17 im Kreise Anklam. An

Bergwerk- und Hüttengeſellſchaften			
Berg. Ww. 12 ¹ / ₂ %	120,006 ⁵ / ₈	Gibernia	111,405
Bod. Ww. A. —	40,25	Hörs. Ww. —	4,50 ⁵ / ₈
B. Guſt. —	112,606	do. conv. —	6,50
Bonifat. 13 ¹ / ₂ %	89,80 ⁵ / ₈	do. St.-Pr. —	23,50
Domersm. 6 ¹ / ₂ %	89,50 ⁵ / ₈	Hugo	10 ¹ / ₂ % 132,00 ⁵ / ₈
Dortm. St. —	—	Laurahütte	100,00 ⁵ / ₈
Pr. L. A. 6 ¹ / ₂ %	49,50 ⁵ / ₈	Rouffe Tiefb. —	58,25 ⁵ / ₈
Geſenſch. 12 ¹ / ₂ %	189,75 ⁵ / ₈	Märk. Wſſſt. —	157,75 ⁵ / ₈
Hart. Ww. —	67,75 ⁵ / ₈	Oberſchlef. —	2 ¹ / ₂ % 45,75 ⁵ / ₈
Eiſenbahn-Prioritäts-Obligationen.			
Berg. Ww. Mär. —	—	Felez-Wor. 4 ¹ / ₂ %	—
3. A. B. 3 ¹ / ₂ %	98,40 ⁵ / ₈	Wagondor. —	—
Caln-Mind. —	—	Dombrowo 4 ¹ / ₂ %	101,25 ⁵ / ₈
4. Cn. 4 ¹ / ₂ %	—	Roſenb-Wo-	—
do. 7. Cn. 4 ¹ / ₂ %	—	ronſch gar. 4 ¹ / ₂ %	92,00 ⁵ / ₈
Mageburg- Halberſt. 7 ¹ / ₂ %	—	Kürſt-Charz. —	—
Mageburg- Leip. Lit. A 4 ¹ / ₂ %	—	Wism-Obl. 4 ¹ / ₂ %	92,00 ⁵ / ₈
do. Lit. B 4 ¹ / ₂ %	—	Kürſt-Kiew gar. 4 ¹ / ₂ %	93,20 ⁵ / ₈
Oberſchlef. Lit. D 3 ¹ / ₂ %	—	Moſc. Hſſ. 4 ¹ / ₂ %	93,90 ⁵ / ₈
do. Lit. D 4 ¹ / ₂ %	—	do. Emol. 5 ¹ / ₂ %	101,70 ⁵ / ₈
Starg.-Poſ. 4 ¹ / ₂ %	—	Dreſ.-Grialy (Oblig.) 4 ¹ / ₂ %	91,75 ⁵ / ₈
Sealbahn 3 ¹ / ₂ %	—	Hſſ. - Roſ. 4 ¹ / ₂ %	92,90 ⁵ / ₈
St. G. Ww. 4 ¹ / ₂ %	101,50 ⁵ / ₈	Niſch-Mor-	—
Wſſſ. C. A. 4 ¹ / ₂ %	102,70 ⁵ / ₈	ganſt gar. 5 ¹ / ₂ %	101,40 ⁵ / ₈
do. conv. 5 ¹ / ₂ %	—	Wardan- Tereſopol 5 ¹ / ₂ %	103,25 ⁵ / ₈
Dreſſ.-Woj. 5 ¹ / ₂ %	—	Wardan- Wien 2. C. 4 ¹ / ₂ %	98,70 ⁵ / ₈
Charz-Wowſo 5 ¹ / ₂ %	—	Wladimirt- Jarſt. Seſo 5 ¹ / ₂ %	95,25 ⁵ / ₈
Gr. Wſſ. 3 ¹ / ₂ %	79,25 ⁵ / ₈	—	—
Felez-Dreſ 5 ¹ / ₂ %	—	—	—
Eiſenbahn-Stamm-Prioritäten.			
Altbaum-Colberg	—	4 ¹ / ₂ %	110,75 ⁵ / ₈
Marienburg-Mante-	—	5 ¹ / ₂ %	106,90 ⁵ / ₈
Dürenhüde Südbahn	—	—	105,50 ⁵ / ₈

Bogislavstraße 13 ist eine große trockene
Kemise sofort oder später zu vermieten.

Original-Roman von Em. Heinrichs.

darin vollkommen, nicht erfahren konnten, feste
Folging nach einer Weile hinzu.
„Den kenne ich, er soll, — warten Sie mal,
habe ich ihn wirklich noch nicht genannt?“
„Nein, ich wäre weniger darauf.“
„Browm dachte scheinbar eine Weile an.“
„Der Kler hieß Danzen oder Reizen glaub' ich
mit Vornamen aber bestimmt Mathias.“
„Vielleicht Mathias Reizel?“
„Donnerstag, so ist es, — woher wißt Ihr
ihn beim?“
„Oh, wenn er es ist, — weiß ich vielleicht
noch mehr, Herr Kapitän. — Ich muß nun wohl
fort, der Wirth sieht's nicht gern, daß die Gäste
spät bleiben und von mir erst recht nicht. Wie-
leicht habe ich die Ehre, Sie wiederzusehen?“
„Ja, gewiß, mein Junge, wo wohnt Ihr?“
„Ich hole Euch morgen Bermittag um zehn Uhr
ab, Ihr sollt mein Silber in London sein. Ein
Engländer kann mir nichts nützen, das seht Ihr
doch ein. — Oder habt Ihr keine Zeit?“
„Nur als zuviel, Herr Kapitän,“ lachte Folging
verlegen, „aber — das ist so eine Sache — habe
lange keine Arbeit finden können, und da ist nun
nicht bloß mein letzter Pfennig zum Teufel ge-
gangen, sondern auch mein Sonntagsgeiz.“
„Browm mußte sich zusammennehmen, um seine
Entscheidung zu verzögern.
„Unheim, Mann, — das soll kein Hinderniß
sein und läßt sich erlegen. Wird wohl nicht viel
daran verloren sein, da, nehmt, es braucht keiner
zu sehen, lauft Euch einen neuen Aug.“
(Fortsetzung folgt.)

Montag
Dienstag

Charley's Tante.